Hans Maier

Was bleibt von 1968 ?

I

So
~~Vierzig~~ Jahre sind vergangen, seit sich in Deutschland und in vielen anderen Ländern das ereignet hat, was man – schon damals - „die Studentenrevolte", oder (mit Stephen Spender) „das Jahr der jungen Rebellen" nannte. 1968 war ein turbulentes Jahr. Ich habe es in München und in Berlin erlebt, damals 37 Jahre alt. Die Ereignisse überraschten mich durch ihre Wucht, ihre Heftigkeit und Unberechenbarkeit. Schon das Jahr 1967 war stürmisch gewesen (der Schahbesuch in Deutschland, der Tod des Studenten Benno Ohnesorg in Berlin am 2. Juni durch eine Polizeikugel und die nachfolgenden großen Proteste und Demonstrationen), ich war also auf einiges gefasst – freilich nicht auf so viel Erbitterung und Wut. Akademische Feste und Feiern zerstoben in Hohn und Gelächter. Vorlesungen und Seminare wurden gestört. Ein Krieg der akademischen Stände begann. Die alte Universität schien plötzlich tot zu sein. Und was trat an ihre Stelle? Das wusste damals niemand so recht – und am allerwenigsten die, die so selbstsicher von „kritischer Wissenschaft", „Demokratisierung", von „Drittelparität" und „Partizipation" redeten. Man kam kaum zum Nachdenken in diesen chaotischen Monaten. Etwas war geschehen - und ehe man es richtig wahrnahm, war es auch schon wieder vorbei.

Was ist von 1968 geblieben? Was wirkt bis heute unmittelbar nach? Wenig, ja fast nichts, so möchte man nach vierzig Jahren sagen – mindestens ist das der Eindruck beim ersten Hinsehen. Die Wogen schlugen hoch in diesem Jahr - aber ebenso rasch verebbten sie wieder. Gewiss, die Unruhen an Ostern 1968 nach dem Attentat auf Rudi Dutschke waren heftig, mit Toten und Verletzten, es waren die größten, welche die Bundesrepublik bis dahin erlebt hatte. Die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze auf Straßen und Plätzen und der Sternmarsch auf Bonn brachten Zehntausende auf die Straßen, vorwiegend junge Menschen. Aber dies alles erreichte nicht den Umfang und den bürgerkriegsähnlichen Charakter

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

der amerikanischen „Riots" nach der Ermordung von Martin Luther King am 4. April 1968 in Memphis. Trotz aller öffentlichen Proteste wurden in Bonn die Notstandsverfassung und die Notstandsgesetze am 30. Mai mit 384 zu 100 Stimmen verabschiedet. Die Studentenunruhen beschäftigten zwar die damals regierende große Koalition, besonders der Regierungschef Kurt Georg Kiesinger nahm sich der Sache an – aber nirgends wuchsen sich in Deutschland Barrikaden, Hausbesetzungen und andere Aktionen zu einer Staatskrise aus wie in Frankreich, wo selbst Staatspräsident de Gaulle in Bedrängnis geriet, so dass er am 29. Mai im Hubschrauber aus dem Elysée zu General Massu in Baden-Baden flüchten musste (und dabei – nach dem Urteil eines zeitgenössischen Beobachters, „den Staat mitnahm").

Grosso modo war 1968 in Deutschland tatsächlich eine „Studentenrevolte" - und am Ende nicht viel mehr als das. Der Aufstand blieb im wesentlichen auf die Hochschulen beschränkt. Der Funke sprang nicht über zum „Volk", ja er erreichte nicht einmal den DGB. Für manche der Anführer war das kein Manko: sie glaubten fest daran, dass nur in den Hochschulen das nötige revolutionäre Bewusstsein vorhanden sei und dass sich just von dort die ganze Gesellschaft umerziehen und umformen lasse - ein sehr deutscher Glaube. Doch die akademischen Bretter bedeuteten nun einmal nicht die Welt, und die Öffentlichkeit ging über die Revolutionsspiele der Bürgerkinder in den Universitäten - die noch dazu einen gänzlich unverständlichen Jargon sprachen - rasch zur Tagesordnung über.

Beim zweiten Blick auf 1968 zeigen sich freilich andere, indirekte Wirkungen von größerer Nachhaltigkeit. In vieler Hinsicht war „Achtundsechzig" eben doch ein Jahr, in dem sich einiges in Staat und Gesellschaft dauerhaft veränderte – sicher nicht alles, aber doch Wichtiges. 1968 war eine Zäsur, ein historischer Einschnitt. Manches war nach dieser Zeit einfach nicht mehr vorstellbar und wurde denn auch in den folgenden Jahren geändert oder abgeschafft: so beispielsweise die Regelung, nach der die Jugendämter die elterliche Gewalt über ein „uneheliches Kind" (wie man damals noch sagte) hatten, der Umstand, dass Homosexualität ein Fall für den Staatsanwalt war, die Bestimmung, dass Eltern, die ihre erwachsene Tochter mit ihrem Verlobten in ihrer Wohnung schlafen ließen, sich der „Kuppelei" schuldig machten, und vieles andere mehr.

Das, was man „Nachkriegszeit" nennt, war 1968 plötzlich zu Ende: eine auf Askese, Disziplin und Leistung gestimmte Zeit, die zwar nicht „bleiern" war, aber streng, nicht einfach „muffig", aber doch leistungsbezogen und verzichtsbereit. Nun sollte sich bei den penibel erzogenen Wohlstandskindern einiges lockern. Dem „Establishment", dem Gewohnten oder Eingeübten wurde der Kampf angesagt. Ordnung, Sauberkeit,

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

Gehorsam waren plötzlich keine heiligen Kühe mehr. Die Vokabel „antiautoritär" – bis dahin nur Insidern bekannt – ging von Mund zu Mund. Endlich die sexuelle Revolution: Es könne keine Veränderung geben ohne Lust – so vernahm man es vor allem aus Herbert Marcuses Reden und Schriften, in denen marxistische und vitalistische Elemente eine bizarre Mischung eingegangen waren. Ein STERN-Foto machte damals Furore: es zeigte die Mitglieder der Kommune I in Berlin, alle nackt mit dem Rücken zur Kamera an der Wand stehend – eine neue alternative Lebensform verkörpernd, nachdem man in schrillen Tönen das Ende der bürgerlich-faschistischen „Familienhölle" (Gerd Koenen) verkündet hatte.

Ob die vehementen Kriegserklärungen an die alten Lebens- und Gesellschaftsformen freilich zu einer wirklichen Befreiung führten, ob 1968 tatsächlich ein wichtiges Datum war im Fortschritt der Emanzipation – darüber wird bis heute heftig gestritten, nicht nur zwischen Historikern, sondern vor allem zwischen Frauen und Männern. Sieht man die für 1968 typischen Bilder an, die durch die Medien gingen, so überwiegen deutlich die maskulinen Akzente. Die Revolution lief mit überwiegend männlichen Kadern in männerbündischen Formen ab – ein Stück verspäteter Jugendbewegung. Martialische Erscheinungen, oft mit üppigen Bart- und Haartrachten, bestimmten die öffentliche Wahrnehmung. 1968 war ja auch – nicht zufällig - das Jahr der deutschen Erstaufführung des Musicals „Hair" am 24. Oktober in München, das als Ausdruck dieser Zeit galt, als das „american tribal love rock musical" schlechthin. Im ganzen dürften die Frauen 1968 kaum auf ihre Rechnung gekommen sein. Die „Mädchen" - wie man sie unverändert nannte -, waren den männlichen revoltierenden Studenten zwar als Gefolgschaft willkommen, wenn sie als Groupies zu den politischen Führern stießen, sie wurden aber als Anführerinnen der Revolte selten akzeptiert. So blieb die Bilanz der Befreiung ambivalent. Auch nach erfolgter „sexueller Revolution" fühlten sich viele Frauen – darunter auch entschiedene Achtundsechzigerinnen – nicht als Gleichberechtigte, Respektierte, Umworbene, sondern nach wie vor als Objekte männlichen Begehrens - dies umsomehr, als sie in vielen Kommunen und WGs wegen der politisch geforderten Negation von Paarbeziehungen umstandslos zu Gemeingut erklärt wurden. Es versteht sich, dass die programmatische Ablehnung von Bindungen in den Kommunen und alternativen Lebensformen auch keinen Platz für Kinder ließ: diese wurden nicht selten, kaum geboren, zu anderen Gruppen abgeschoben oder zur Adoption freigegeben, oder sie wuchsen in bewusster Distanz von ihren Eltern als revolutionär erzogene „Kinderladenkinder" auf.

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

II

Will man wissen, was von 1968 *geblieben* ist, so muss man zuvor fragen, was 1968 *war*. Denn hinter dieser Jahreszahl verbergen sich viele und disparate Dinge. So nahm die Bewegung im damaligen Westen und im Osten höchst unterschiedliche Formen an. Verschieden verlief sie auch in den einzelnen betroffenen Nationen.

Die Studentenrevolte hatte in den Vereinigten Staaten begonnen, und zwar schon in den frühen Sechzigerjahren. 1968 war eher ihr Endpunkt – der Endpunkt eines Jahrzehnts der „babyboomer", wie man heute diese Zeit in den USA zu nennen pflegt (Philipp Gassert). Die amerikanische Revolte hatte mehrere Quellen: die südliche Bürgerrechtsbewegung, getragen vor allem von Afroamerikanern, die Campus-Revolte in Berkeley, mit welcher der Funke nach Norden übersprang (1964). Der dritte und alsbald wichtigste Kristallisationspunkt wurde der Vietnam-Protest, der sich seit 1967 mit Friedensmärschen, Demonstrationen und massenhaften Aufrufen zur Kriegsdienstverweigerung im ganzen Lande Bahn brach. Dem lagen klar identifizierbar politische Ziele zugrunde – zwar überwiegend von Studenten getragen und vertreten, jedoch von vornherein in eine breiter angelegte Civil-Rights-Bewegung eingebettet, für die vor allem der Name von Martin Luther King stand. Hochschulpolitik war nicht im Vordergrund. Die Hochschulen wurden auch nicht als Stätten eines aufgeklärten Bewusstseins, als Zentren gesellschaftsverändernder Aktivität, verstanden. Was die amerikanischen Universitäten zum Achtundsechziger-Aufstand beisteuerten, waren vor allem neue Instrumente des akademischen Protests: Sit-ins, Go-ins, Teach-ins. Sie wurden alsbald – samt den neuen Namen - von den Universitäten Westeuropas übernommen.

In Frankreich zeigt das Jahr 1968 – wie alle Revolutionen der französischen Geschichte - Züge der „direkten Aktion" und des Barrikadenkampfes. Anders als in den USA – jedoch ähnlich wie in Deutschland – verstehen sich die revolutionären Studenten als Vorhut der Gesellschaft. Sie gehen aufs Ganze – legen das Zentrum der Hauptstadt lahm, versetzen das Land in einen Ausnahmezustand, versuchen mit der Regierung von gleich auf gleich zu verhandeln. Die Ziele bleiben verworren: die bekannteste Parole, in Paris an den Häuserwänden zu lesen, heißt: „Die Fantasie an die Macht!" Das ist sprachlich bemerkenswert, aber politisch inhaltsleer, kaum geeignet für eine Regierungserklärung, noch nicht einmal für einen revolutionären Tagesbefehl. Wie kommt die Fantasie an die Macht? Wie organisiert sie ihre Herrschaft? Wie sieht das aus: die Macht der Fantasie im Vergleich zur ganz gewöhnlichen, auf Wahlen und Mehrheiten beruhenden Macht?

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

So misslingt denn auch in Frankreich der Schulterschluss mit den – gleichfalls revoltierenden – Arbeitern. Die Mentalitätsgräben zwischen den konservativen Altmarxisten in der kommunistischen Partei und der CGT und den – oft maoistisch angehauchten - Neumarxisten in den Universitäten sind zu tief. Das Ganze bleibt ein kurzatmiger Erfolg – und wird, nach der Rückkehr de Gaulles und dem Fehlschlag der Pariser Blockaden und der Fabrikbesetzungen im Land, sogleich zu einem neuen Mythos verklärt: dem Mythos vom revolutionären „Mai 68", der bis heute nachwirkt. Schon Ende Mai ist alles zu Ende, und einen Monat später, am 30. Juni, erringt die gaullistische UDR in der Nationalversammlung die Mehrheit der Sitze. Die Linke muss eine der schwersten Niederlagen seit Kriegsende hinnehmen.

Anders in Deutschland. Hier hatte die große Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Kiesinger und Brandt (1966-1969) die politischen Karten neu gemischt, neue Akzente in der Deutschland- und Ostpolitik gesetzt. Die in Opposition stehende FDP bereitete unter Walter Scheel ihre Wendung zur SPD hin vor. Neue Bündnisse zeichneten sich ab. Die revoltierenden Studenten identifizierten sich jedoch mit keiner der regierenden oder opponierenden Parteien im Parlament. Sie verstanden sich, mit deutlicher Betonung, als „Außerparlamentarische Opposition" (APO) – ein Wort, das in jenen Monaten umlief und Karriere machte. Mehr noch: Die Studenten wollten der Kopf dieser APO, ihr dirigierendes Zentrum werden. War schon diese Distanz von den real existierenden Parteien (und vom Parlamentssystem im ganzen) erstaunlich genug, so wächst die Überraschung, wenn man untersucht, auf welches geistige Fundament die Außerparlamentarische Opposition sich stützte. Nach der Denkschrift des Sozialistischen deutschen Studentenbundes (SDS) „Hochschule in der Demokratie" (2/1965), einem Programm der Bewegung, sollte gerade die korporative Verfassung der Universität – zur totalen Autonomie ausgebaut und von aller staatlichen „Rahmung" befreit - einer künftigen Demokratie als Modell und Vorbild dienen. Daraus leitete man zweierlei ab: eine politische Erziehungsgewalt der Akademiker, legitimiert durch ein aufgeklärtes Bewusstsein, und eine weitgehende Immunität der Korporation gegenüber staatlichen Gesetzen. Gegen nichts kämpften die Radikalen unter den Studenten bei ihren vielfach illegalen Aktionen – Vorlesungsstörungen, Institutsbesetzungen, dem oft tätlichen Vorgehen gegen missliebige Dozenten, der Ausschaltung der freien Rede, ja der freien Forschung – heftiger und nachdrücklicher als dagegen, dass sich jemand gegen diese Aktionen zur Wehr setzte und die Polizei in die Universität rief. Galt das staatliche Gesetz denn nicht für alle, war ihm nicht überall, auch in den Universitäten, Geltung zu verschaffen? Nein, so lautete die Antwort; in „befreiten Zonen", besetzten Instituten, Hörsälen, Seminaren

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

sollte nur das gelten, was die dort versammelten „autogenen Gewalten" beschlossen.

Eine „Revolution" aus korporatistischem Geist, Professoren, Assistenten, Studenten, nichtwissenschaftliches Personal wie im alten Ständestaat in Paritäten organisiert – das war eine „explodierende Altertümlichkeit" (Thomas Mann). Sie kommt im bunten politischen Kaleidoskop des Jahres 68 weltweit in dieser ausgeprägten Form nur in der deutschen Studentenrevolte vor. Verständlich – oder wenigstens erklärbar - war vieles aus sehr alten deutschen Traditionen. Wieder einmal sollte „der Geist" an die Stelle der schnöden Macht, auch der demokratisch legitimierten, treten – freilich befeuert durch die revolutionäre Entschlossenheit einer Elite und gestützt auf die (noch zu gewinnenden) Massen. So drehte sich in den folgenden Jahren, nachdem die Revolutionäre in den Hochschulen unter sich geblieben waren, alles um die Verteilung der Macht, um korporative Strukturen, Wahlmodi, Paritäten, Vetos, Initiierungs- und Verhinderungsmöglichkeiten. Erst das Bundesverfassungsgericht hat in den siebziger Jahren dieser Pseudomorphose des Ständestaates in den Universitäten erste Schranken gesetzt und das Modell der Gruppenuniversität modifiziert, indem es an die Zwecke der Universität – Forschung und Lehre – erinnerte und das unvermeidliche Kompetenzgefälle zwischen Lehrenden und Lernenden hervorhob, das einer totalen Egalisierung entgegenstand.

Werfen wir noch einen Blick auf den Osten Europas. Auch hier war 1968 ein Jahr der Erwartungen, der Hoffnungen, der Aufbrüche – vor allem im „Prager Frühling", der im Anfang des Jahres begann und im August durch einen von langer Hand vorbereiteten Militärschlag des Warschauer Paktes niedergeworfen wurde. Studenten waren in der Tschechoslowakei – wie in Polen, Ungarn, den baltischen Ländern – führend an diesem Aufbruch beteiligt. Hinter der eher verhüllenden Formel vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" verbargen sich sehr konkrete Forderungen: es ging um Menschenrechte, um Meinungsfreiheit, Lehrfreiheit, Freizügigkeit, um eine rechtsstaatliche Justiz, um die Bindung der Behörden an Gesetze – kurz um die Etablierung berechenbarer Verhältnisse an Stelle der Allmacht und Willkür der Partei. Die Studenten in Prag, Warschau und an anderen Orten Ost- und Mitteleuropas blickten im Jahr 1968 sehnsüchtig nach dem Westen, nach seinen Freiheiten, seiner rechtsstaatlichen Kultur. Sie blickten vor allem nach Amerika. Blickten sie über das alte Europa hinweg?

Als sich im Frühjahr 1968 die Spitzen des deutschen SDS in Prag mit den dortigen Studentenführern trafen, traten die Gegensätze deutlich hervor. Man ging ohne ein greifbares Ergebnis auseinander. Die Deutschen empfanden die Optionen der Tschechen als „bürgerlich-formalistisch", ihr

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

Zutrauen in rechtsstaatliche Verfahren als naiv und unaufgeklärt. Sie hatten wenig Verständnis für das elementare Freiheitsbedürfnis, das sich in den östlichen Bewegungen Luft machte – waren sie doch gewohnt, über „gesellschaftliche Widersprüche" zu diskutieren und die angeblich nur „formale" Freiheit, wie sie im Westen herrschte, kritisch zu hinterfragen. Die Tschechen wiederum sahen in den Deutschen hedonistische Wohlstandskinder, die ihre eigenen rechtsstaatlichen Einrichtungen weder kannten noch schätzten und von denen im Kampf um Selbstbehauptung gegenüber einer imperialistischen Weltmacht wie der Sowjetunion wenig Unterstützung zu erhoffen war. Die damals gezogenen Frontlinien setzten sich übrigens durch die siebziger und achtziger Jahre hindurch fort: Wenige „linke" Bewegungen und Regierungen im Westen begriffen, welche Bedeutung für Mittel- und Osteuropa der Helsinki-Prozess hatte – und dass die Arbeiter der Solidarnosc in Polen für etwas auf die Straßen gingen, was man im Westen zwar lässig genoss, aber kaum für wichtig hielt, nämlich rechtsstaatliche Verfahren und Sicherungen. Weder die Solidarnosc in Polen noch „Ruch" in der Ukraine, weder die Menschenrechtsbewegungen in Ungarn und Rumänien noch die Charta 77 in der Tschechoslowakei und die baltischen Menschenketten in den achtziger Jahren sind von den Erben der Achtundsechzigerbewegung im Westen ernsthaft und nachhaltig unterstützt worden. Die Kluft zwischen dem „alten" und dem „neuen" Europa hat sich früh herausgebildet, und sie dauert bis heute an.

III

Man müsste an dieser Stelle weiter ausgreifen, müsste viele andere Länder in die Betrachtung einbeziehen – Italien und Japan vor allem, in denen die Studentenrevolte einen besonderen Grad von Härte und Unversöhnlichkeit erreichte und teilweise unmittelbar in terroristische Aktivitäten überging. Stattdessen will ich mich auf Deutschland konzentrieren und die längerfristigen Nachwirkungen von 1968 näher verfolgen, und zwar in vier Feldern: *Sprache, Verhalten, Hochschulen, Öffentlichkeit.* Am Schluss soll noch einmal von den Achtundsechzigern die Rede sein – und auch von ihren Gegnern, die ja gleichfalls von 68 geprägt worden sind: Was ist aus beiden geworden?

1. *Sprache.* Blickt man auf die Sechzigerjahre zurück, so nimmt man sie vor allem als eine Zeit der Veränderungen in Sprache und Bewusstsein wahr, als eine Zeit der abrupten Polarisierungen: ein breiter, manchmal allzu harmoniefreudiger Konsens wurde abgelöst durch das Gegenteil: den frisch-fröhlichen Konflikt.

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

In der Wohlstandsgesellschaft, die sich nach der Währungsreform herausgebildet hatte, waren viele Vokabeln des Klassenkampfes verschwunden. Aus Kapitalisten waren Unternehmer geworden, aus Arbeitern Arbeitnehmer, aus Knechten und Mägden Kräfte, Mitarbeiter, Hilfen. Fahrschulen und Friseurläden wandelten sich zu Fahr- und Haarstudios, Nachhilfestunden wurden zu Förderunterricht – nicht zu reden von der oft beschriebenen und belächelten Verwandlung der Putzfrau in die Raumpflegerin, der Blumenbinderin in die Floristin, des Briefträgers in den Postfacharbeiter, des Fensterputzers in den Glas- und Gebäudereiniger. Abhängigkeiten wurden begradigt, zumindest verbal – nicht nur nicht zur Verhüllung, zur Camouflage, sondern durchaus in humanitärer Absicht. Statusunterschiede wurden nivelliert – und meist nach oben. Es war eine frühe social correctness, typisch für die Adenauer- und Erhard-Zeit.

Dann der Rückschlag: Plötzlich war wieder von der „armen" und der „reichen" Welt die Rede statt von Entwicklungsländern und Industriestaaten, von „Kapitalisten" und „Arbeitern" statt von Tarif- und Sozialpartnern, von den „Herrschenden" – und nicht etwa den gewählten oder ernannten Amtsinhabern. Eine ganz andere Sprache breitete sich aus in den Jahren nach 1967, direkter, aber auch aggressiver, unverhüllter, aber auch ohne die humanen Dämpfungen früherer Zeiten – ein trommelndes Deutsch, provokativ und formelhaft zugleich; alle Welt sprach plötzlich in „Marx- und Engelszungen" (Wolf Biermann).

In dieser Zeit tauchte auch Längstvergangenes wieder an die Oberfläche: Dualismen aus dem Agitationsschatz der Weimarer Republik - so das Gegensatzpaar „Verfassungsrecht – Verfassungswirklichkeit" und die Gegenüberstellung von „inhaltlicher" und „formaler" Demokratie. Altneu war auch die puristische Überforderung von Begriffen (mit dem Ziel desillusionierender Zerstörung des Bezeichneten): Man brachte Worte der politischen Alltagssprache – die gerade wegen ihrer Praxisnähe unscharf waren – deutsch-gründlich „auf den Begriff", um alsbald die „schlechte Wirklichkeit" an der Logik des Seminars scheitern zu lassen. Auch paramilitärische Vokabeln tauchten wieder auf, zuerst im Feld von Bildung und Erziehung: so starteten die Achtundsechziger „kognitive Operationen", entwickelten „Lernstrategien", wollten „Sozialisationsmuster umpolen" und Ähnliches mehr. Fast als Einziger nahm damals Werner Finck dieses sprachliche Treiben ironisch aufs Korn, als er in einem kabarettistischen Auftritt einen durch pädagogische Experimente erschöpften Studenten mit den Worten vorstellte: „Er hat schon seinen dritten Lernprozess verloren."

Vieles von diesem aufklärungsstolzen, oft einschüchternden Jargon verschwand nach einigen Jahren wieder. Es wurde überlagert durch die vor-

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

dringende „political correctness", die neue sprachliche Egalisierungen – und dazu viele Schweigegebote - mit sich brachte. Gegen diese Glättungen erhob sich dann in den achtziger Jahren die Jugend- und Spontisprache. Kraftwörter, Werbesprüche mischten sich hinein – anders als 1968 im emotionalen Bereich zu Hause. Neue Worte kamen in Umlauf: Clique, Typ, Power, Frust, Zweierkiste. Es waren auch nicht mehr die Wissenschaftler, die Soziologen, die Psychoanalytiker und Verhaltensforscher, die nun den Ton angaben, sondern die Poeten – man kann bei den „zornigen jungen Männern" Englands und bei Ulrich Plenzdorf und Peter Rühmkorf das meiste finden, schon in den Sechzigerjahren, was später in den Achtzigern hochoben auf der Zeitwelle schwimmen sollte. Unüberhörbar war ein neuer Ton der Selbstbezogenheit: „Ich hab noch nichts von mir gehabt" (Konstantin Wecker) – so hätte 1968 kein Liedermacher gesungen.

Vieles aus der verbalen Achtundsechziger-Erbschaft hat sich heute verflüchtigt. Manches hat sich abgebraucht, man hört es nur noch vereinzelt. Anderes aber ist bis heute geblieben: Worte, die eine neue Wertschätzung des Konflikts verraten, eine Neigung zum Polarisieren, zur polemischen Auseinandersetzung, zur Zuspitzung, zum Entweder-Oder oder zum Alles-oder-Nichts. Wäre das Ganze dem Parlament und der politischen Sprache zugute gekommen als zusätzliche Farbe, Schärfe, Deutlichkeit - man könnte darin eine Bereicherung sehen. So aber verstärkte es oft nur die alte deutsche Neigung zur Rechthaberei. Ohnehin zielten zentrale Achtundsechziger-Begriffe eher ins Apolitische, Private: Freiraum, Betroffenheit, Autonomie, Emanzipation. „Staatsfreunde" im schillerschen Sinn sind die Achtundsechziger nicht geworden – und ein Satz wie „Ich wünschte ein Bürger zu sein" wäre ihnen nie von den Lippen gegangen.

2. *Verhalten.* Unverkennbaren Einfluss hatte die Achtundsechziger-Bewegung auf das Verhalten – vor allem auf das Verhalten der jungen Menschen untereinander und gegenüber Erziehern und politischen Autoritäten. Hier sind die Wirkungen bis heute unverändert virulent geblieben.

Wer Achtundsechzig erlebt hat, der hat natürlich sogleich die Provokationen und Tabubrüche vor Augen, den Hohn gegenüber Autoritäten und Traditionen, gegenüber den „Muff von tausend Jahren", der sich angeblich hinter den Talaren verbarg. In München habe ich die Rektoratsübergabe zu Beginn des Wintersemesters 1967/68 erlebt, die in einem Sturm von Sprechchören, Zwischenrufen, Zischen, Gelächter, Luftballons und Seifenblasen unterging, während das Bayerische Staatsorchester verzweifelt versuchte, auf der Tribüne die Akademische Festouvertüre von Johannes Brahms zu Ende zu bringen. Wir Professoren saßen in unseren Talaren – damals noch! – an der Stirnseite der Großen Aula; die studenti-

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

schen Störer nutzten die strategische Lage und sammelten sich auf der Galerie. Helmut Kuhn hat dieses „Ende eines Festes" in einem Aufsatz dargestellt. Es war eine deutliche Zäsur. Denn nun sollte es Jahre, ja Jahrzehnte dauern, bis akademische Feiern in Deutschland wieder stattfinden konnten. Die Hochschule verlor mit einem Schlag ihre öffentliche Repräsentation. Persönlich hänge ich nicht an Talaren, und sicher waren viele Rituale der alten Universität kritikbedürftig. Aber ein Minimum von Formen braucht jede Institution – sonst bleibt am Ende nichts übrig als die Unform (oder die Uniform).

Auch die Kampagnen und Gewalttätigkeiten gegen jene, die nicht mitmachten – seien es Studenten, Assistenten oder Professoren – gehören hierher. Manche Kollegen habe ich erlebt, die angesichts der täglichen Angriffe schlicht verzweifelten – sie waren es nicht gewohnt, sich im Hörsaal wie vor einem Tribunal verteidigen zu müssen für das, was doch ihr Auftrag war: zu lehren und zu forschen und jungen Menschen das methodische Fragen beizubringen. Es gab Rückzüge, Krankheiten, Todesfälle, Selbstmorde. Andere, Jüngere wurden in dieser Atmosphäre nachhaltig politisiert: ohne den Staat im Rücken, ganz auf sich gestellt, mussten sie sich gegen die Störer zur Wehr setzen, Gesinnungsgenossen suchen, die Mehrheit der schwankenden Hörer auf ihre Seite bringen. Der deutsche Professor fiel aus allen akademischen Wolken, er kam ziemlich ramponiert auf ebener Erde an, das universitäre Respektsgehäuse, das ihn umgeben hatte, war zertrümmert – doch wenn er Courage hatte und wenn seine Physis den Belastungen standhielt, konnte er auch wieder das werden, was seine Berufsbezeichnung schon immer vorgab, einer, dessen Profession „bekennen" hieß.

Die extremen Polarisierungen von 1968 gehören inzwischen längst der Vergangenheit an. In der heutigen Universität werden wieder Feste gefeiert, das akademische Leben hat sich regeneriert, die böswilligen Verleumdungen und Verfolgungsjagden von einst sind für heutige Studentengenerationen schon eine ferne Sage. Vorbei ist auch die Zeit, in der Professoren für Studenten Halbgötter waren, zu denen man in Demut und Verehrung aufblickte. Alles hat sich normalisiert. Vieles ist alltäglicher, banaler geworden. Heute werden die Professoren von den Studierenden regelmäßig „evaluiert", auf ihre Lehrbefähigung geprüft. Ob ich mir das als Student bei Martin Heidegger, Hugo Friedrich, Franz Schnabel, Romano Guardini auch zugetraut hätte?

Zu den Veränderungen, die auf 68 zurückgehen, gehört auch die Problematisierung der vielzitierten „Sekundärtugenden". Sie standen lange Zeit unter Schutz, galten als landestypisch, hatten jeden Regimewechsel überdauert, genossen Sympathien auch in der Nachkriegszeit. Kein Zweifel,

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

dass auch das Dritte Reich von diesen Erziehungs- und Gehorsamstugenden profitiert hatte. Die Menschen parierten in dieser Zeit, sobald sie die entsprechende Weisung hörten. Viele dachten sich zwar ihr Teil, aber sie gehorchten, wenn es hart auf hart ging – und darauf kam es dem Regime ja letzten Endes an. Manchem Mann des militärischen Widerstands fiel es leichter, die Loyalität mit Hitler zu kündigen als die angeborene soldatische Disziplin preiszugeben. „Wie ein Mann" zu reagieren – das hatte sogar unsere Generation schon in überfüllten Schulklassen und in unbeweglich feststehenden Schulbänken gelernt.

Nach 1968 lockerte sich das alles, löste sich auf. Die Sekundärtugenden verfielen. Es war ein notwendiger, ein vielfach überfälliger Prozess. Wenn dabei der besinnungslose Gehorsam, das blinde Vertrauen verschwanden, so war das in Ordnung - niemand wird diesen allzu selbstverständlich gewordenen Haltungen eine Träne nachweinen. Allzu lange hieß ja Deutschsein – nach Richard Wagners Wort – „eine Sache um ihrer selbst willen tun" – ohne dass man fragte, um was für eine Sache es sich eigentlich handelte. Nun begann man eingehender nachzuforschen, um was es ging, ehe man Gehorsam leistete – zweifellos ein Fortschritt. Leider verfielen aber auch so wichtige und liebenswerte „Sekundärtugenden" wie die Rücksicht auf Ältere, die Hilfsbereitschaft, die Höflichkeit, die Aufmerksamkeit, die Diskretion. Die neue Direktheit, die Unbekümmertheit, die nun Einzug hielten, das Flapsige, Popige, Rempelhafte in allen Ehren – aber sie wurden oft begleitet von einem Grobianismus in der öffentlichen Debatte, gegen den Adenauers Repliken auf Zwischenrufe im ersten Deutschen Bundestag noch heute wie lockere Florettstiche wirken. Über manch verbissene und selbstgerechte, von Witz und Selbstironie gründlich verlassene politische Debatte seit 1968 könnte man den neuen Satz schreiben: Deutschsein heißt eine Sache um ihrer selbst übertreiben.

3. *Hochschulen.* Und was geschah mit den Hochschulen? Sie hatten den revoltierenden Studenten als Aktionsbasis gedient und waren darüber teilweise funktionsunfähig geworden. Dass man den Staat herausgedrängt (oder doch zurückgedrängt) hatte, nicht selten unter Mitwirkung der Professoren, hatte an vielen Orten zu einer Lähmung aller Funktionen geführt. Rektor- und Dekanswahlen konnten nicht mehr stattfinden, der normale Unterricht brach in vielen Fächern zusammen, vor allem bei den Geisteswissenschaften; die Konkurrenzunternehmen der „Kritischen Universität" und der „Roten Zellen" waren, der Quantität wie der Qualität nach, keine Alternativen. Räume wurden besetzt und verwüstet, Senats- und Fakultätssitzungen gesprengt. Von diesen Ereignissen erfuhr die Öffentlichkeit vielfach nur zu Anfang etwas, als die Sache noch neu und ungewohnt war – später hatte man sich daran gewöhnt, dass die Universi-

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

tät ein Raum geworden war, wo das Recht nur noch mit Abstrichen galt. Polizei in der Universität – oder juristische Schritte gegen Störer - waren nach wie vor tabu. Man hätte ja damit zugegeben, dass die Probleme aus eigener Kraft nicht mehr zu lösen waren. So gab man sich in der akademischen Zunft vielfach schon damit zufrieden, dass im Lauf der Zeit keine allzu spektakulären Ereignisse mehr stattfanden, sondern nur noch die alltäglichen Angriffe und Rechtsverstöße. Lange verharrten die Hochschulen in einem brüchigen und labilen Ausnahmezustand.

Das konnte nicht so bleiben. Die Universität war hilfsbedürftig, formbedürftig geworden – an manchen Orten war sie fast ein Pflegefall. Der Rückgriff auf ihre korporativen, ständischen Traditionen war kein Ausweg, er hatte sich als Sackgasse erwiesen. Er hatte die Hochschulen geradewegs in die gegenwärtige Krise, in die Lähmung und Unbeweglichkeit geführt. Sie von außen mit Staatskommissaren, zu regieren war keine Lösung: wie hätten sich diese Kommissare durchsetzen können gegen die bundesweit agierenden Studenten- und Assistentenverbände, wie hätten sie fertigwerden sollen mit der Mutlosigkeit vieler Professoren, der Angst der schweigenden Mehrheit, ihrer Konfliktscheu und Resignation? Es bedurfte gründlicher Überlegungen, um an den Universitäten wieder Vernunft und Arbeitsfrieden einkehren zulassen. Zu allererst mussten die Professoren ermutigt, zu eigenem Handeln gebracht, organisiert werden – eine Aufgabe, ähnlich schwierig wie das Sammeln von Flöhen in einem Sack.

Es war klar: eine Reform der Universitäten war nicht möglich *ohne den Staat*. Aber sie war gewiss auch nicht möglich *mit dem Staat allein*. In den Hochschulgesetzen der siebziger und achtziger Jahre wurde daher nach einer neuen Balance zwischen akademischer Selbstverwaltung und staatlich-parlamentarischer Mitwirkung und Verantwortung gesucht. Der Staat blieb im Spiel, schon wegen seiner Zuständigkeit für den Hochschulbau und seiner Verantwortung für die finanzielle Sicherung von Forschung und Lehre – auch wegen der fortdauernden parlamentarischen Haftung des Kultusministers für die Berufung der Professoren. Privatuniversitäten haben sich in Deutschland – trotz bemerkenswerter Ausnahmen – als Modell nicht durchgesetzt. Von den alten Selbstverwaltungsrechten hat die deutsche Universität das akademische Selbstergänzungsrecht, die Initiative bei der Auswahl der Bewerber, die Aufstellung von Berufungslisten erfolgreich verteidigt. Teilentmündigt wurde sie jedoch bei der Gestaltung des Studienablaufs, und zwar durch den EU-weiten, völkerrechtlich sanktionierten Bologna-Prozess. Doch wenigstens daran sind die Achtundsechziger nicht schuld .

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

4. *Öffentlichkeit.* Ein letzter Punkt betrifft die Wirkung der Achtundsechziger in der Öffentlichkeit – und ihr Verhältnis zur Gewalt. Das ist ein Kapitel mit vielen Verschärfungen und Zuspitzungen, die Geschichte einer Eskalation.

Zunächst die Fakten. Schon die amerikanische Studentenbewegung hatte das Prinzip einer „begrenzten Regelverletzung" in Universität, Campus, Öffentlichkeit eingeführt. Das knüpfte an amerikanische Traditionen an: Straßen wurden blockiert, polizeiliche Anordnungen missachtet, Vorlesungen gestört, Gestellungsbefehle (im Vietnamkrieg) wurden zerrissen oder verbrannt. Das übernahmen die Deutschen als gelehrige Schüler – ich habe von den Sit-ins, Go-ins, Teach-ins schon gesprochen -, während die romanischen Länder auf Traditionen der „action directe" und des Barrikadenkampfes zurückgriffen. Das alles war in den ersten Anfängen noch halbwegs berechenbar – es war auch ein Stück Polit- und Revolutionstheater.

Aber nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 in Berlin eskalierte in Deutschland der Protest und überschritt rasch die Gewaltschwelle. Spätere Rationalisierungen wie die Unterscheidung zwischen „Gewalt gegen Sachen" und Gewalt gegen Personen" waren nur noch Nachträge. Ernst Benda, das damalige Bundesinnenminister, erstattete am 30. April dem Deutschen Bundestag einen Bericht zur innenpolitischen Situation. Demnach gab es an fünf Tagen in 27 Städten Demonstrationen. Manche verliefen friedlich, aber in 20 Fällen waren sie mit Ausschreitungen, Gewaltakten, schwerwiegenden Rechtsverletzungen verbunden. In München wurde ein Journalist durch den Steinwurf eines Demonstranten getötet, es gab ein weiteres Todesopfer (beide bis heute nicht aufgeklärt). Insgesamt 280 Polizeibeamte erlitten zum Teil sehr schwere Verletzungen.

Der zweite Vorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Frank Wolff, äußerte zwar sein Bedauern über den Tod des Journalisten Frings, erklärte aber zugleich, dass man jetzt „auch nicht rührselig werden" dürfe. Horst Mahler erklärte, dass man von vornherein mit solchen Unglücksfällen gerechnet" habe. Und bei den Frankfurter Demonstrationen am 15. April 1968 wurde folgende Kampfparole ausgegeben: „Bildet Greifer-Truppen von 12 Mann Stärke, die besonders tatkräftige Polizisten schnappen und zusammenschlagen. Das Anzünden umgestürzter Autos und das Werfen von Molotow-Cocktails ist ab sofort als Notwehr zu betrachten...".

Das führt zu weiteren Fragen: Glitt die Achtundsechziger-Bewegung von selbst, vielleicht sogar wider Willen in den Terrorismus ab, oder lag von

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

Anfang an eine Disposition zur Gewalttätigkeit in ihr? Ich meine, dass sich beides in einer schwer analysierbaren Art miteinander vermischte. Das Problem lag schon im Begriff der Außerparlamentarischen Opposition. Was macht eine solche Opposition? Leserbriefe schreiben? Veranstaltungen planen? Demonstrationen organisieren? Die öffentliche Meinung beeinflussen? Oder geht sie weiter? Stellt sie die eingeführten Formen demokratischer Willensbildung infrage? Rührt sie an das Prinzip der Streitentscheidung durch Wahlen, durch Abstimmungen im Parlament? Rüttelt sie gar am staatlichen Gewaltmonopol – mit der Folge, dass sie selbst Gewalt im politischen Streit anzuwenden willens und bereit ist? Wie steht es mit dem Mehrheitsprinzip, soll es beachtet, soll es negiert, soll es durch etwas anderes ersetzt werden? Und durch was? Etwa durch ein aufgeklärtes Bewusstsein nach dem Motto „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen" (sonst eher eine Parole der Rechten!)?

Wie der Terrorismus der siebziger Jahre mit 1968 zusammenhängt – das ist eine in der Forschung noch nicht abschließend geklärte Frage. War die Achtundsechziger-Bewegung eine notwendige (jedoch nicht hinreichende) Voraussetzung dafür? Jedenfalls gab es 1968 straff organisierte gewalttätige Kader-Organisationen im Stil der späteren RAF noch nicht. Ich erinnere mich an eine Bemerkung des bayerischen Kultusministers Ludwig Huber, mit dem ich 1968 eine große Studentendemonstration in München beobachtete: „Wenn die sich jetzt auch noch bewaffnen!" rief er aus. Bewaffnet waren die Achtundsechziger noch nicht, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen – aber das Gewalttabu war in diesem Jahr bereits vielfältig durchlöchert und durchbrochen.

Sicher ist eines: Von 1968 datiert eine bis heute anhaltende Unsicherheit über das Gewaltproblem – über das, was der Staat gegenüber gewaltübenden Einzelnen wie Gruppen kann, soll, darf und muss. Die Lehre von „autogenen Gewaltträgern" nistete sich sogar bei einzelnen Staatsrechtslehrern, Historikern, Soziologen ein. Die Unsicherheit reichte bis ins Bundesverfassungsgericht hinein (Blockadeurteil). Und nicht nur das Gericht war unsicher. Die sechziger und siebziger Jahren waren auch die Zeit, in der die meinungprägenden Werke von Michel Foucault in Frankreich und Johan Galtung in Norwegen entstanden. Hier wurde der Gewaltbegriff überdimensional ausgeweitet, ja geradezu mythisiert. Gewalt wurde verstanden als „strukturelle Gewalt" – allem innewohnend, was menschliches Zusammenleben ausmacht. Gewaltübung, das war schon der Kindergarten, die Schule – erst recht die Klinik, das Gefängnis. Jede Veränderung, die von außen kam, nicht aus dem Eigenwillen des Individuums erwuchs, war Gewalt. Bei einem so überdimensionierten Gewaltbegriff war es natürlich sehr einfach, überall und in allem „Gewalt" zu entdecken – und damit „Gegengewalt" zu legitimieren.

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

IV

Was bleibt von 1968? Zuletzt natürlich die Achtundsechziger – und mit ihnen auch ihre Gegner (denn auch sie wurden, ich wiederhole es, von 1968 geprägt).

Nach einer vielzitierten Formel traten die Achtundsechziger in den folgenden Jahren den „Marsch durch die Institutionen" an. Manche brachten es in den neunziger Jahren, wie bekannt, zu höchsten Ämtern in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft. Aber die nachhaltigsten langfristigen Wirkungen gingen wohl von den Lehrern der Achtundsechzigergeneration aus, auch wenn sie immer eine Minderheit waren, auch wenn ihnen viele Gegner erwuchsen. Wenn man nach 1866 von den preußischen Schulmeistern sagte, sie hätten die Schlacht von Königgrätz gewonnen, so haben die 68er Lehrer in den siebziger und achtziger Jahren, experimentierend und nachbereitend, Zug um Zug die Schule von innen verändert. Sie haben eine ganze Generation erzogen – übrigens auch die Kinder der 68er-Gegner. Es sind inzwischen altgewordene Rebellen. Ihr Wirken, ambivalent wie vieles, was aus dem Jahr 1968 hervorging - Gutgemeintes und Problematisches, Richtiges, das durch Übertreibung entstellt, Falsches, das durch schnelle Übernahme der Kritik entzogen wurde - verdiente eine genauere Untersuchung, solange noch so viele Zeitzeugen leben.

Am Ende haben wir alle doch wohl Glück gehabt. Horst Herold, in den siebziger Jahren Chef des Bundeskriminalamts und damit in vorderster Linie bei der Abwehr des Terrorismus, hat am 29. Juni 2005 in einem Gespräch mit Wolfgang Kraushaar und Jan Philipp Reemtsma in München folgendes bemerkt: „Zu einem Zellenbesucher sagte Baader 1974, die RAF hätte im Gleichklang mit der Studentenrevolte den Umsturz wohl erreicht, wenn sie schon 1967 bestanden hätte. Wer darüber nachdenkt, kann angesichts der im Jahre 1968 möglichen Mobilisation von Hunderttausenden auf den Straßen, der lediglich sportjournalistisch berichtenden Presse, die das Hin und Her der Auseinandersetzungen so gleichgültig distanziert wie den Kampf von Fußballmannschaften beschrieb, und angesichts der lediglich zuschauenden Massen, ein solches Bild nicht als abwegig empfinden. 1968 hatte sich die Obrigkeit verkrochen, nur die Polizei hielt noch die Stellung. Aus jedem Fester, das eingeschmissen wurde, lehnte sich sogleich ein freundliches Gesicht heraus, um Verständnis zu bekunden. Angesichts dieses Kollektivversagens verwundert es, dass nie eine ernsthafte Diskussion darüber stattfand, welche gesellschaftliche Sprengkraft die RAF wohl entfaltet hätte, wenn sie in der Gesellschaft Armut, Not und soziale Unruhe vorgefunden hätte"

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München

(Wolfgang Kraushaar, Hg., Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 2, Hamburg 2006, 1381).

Wer 1968 aus der Nähe erlebte, der konnte viele Beobachtungen machen. Einige waren traurig, bedrückend, belastend – andere wiederum stimmten hoffnungsvoll. Es gab Freundschaften, die in jenen Monaten zerbrachen, viel Wegsehen, Anpassung und schlichte Angst bei vielen. Aber es gab auch Verbindungen, die neu entstanden, oft zwischen ganz unterschiedlichen Personen und Lagern, es gab Solidarität und Bereitschaft zum Widerstand bei Älteren wie bei Jüngeren.

Eines an dieser Umbruchszeit war positiv: 1968 zwang die politischen establishments aller Richtungen dazu, Verfassungsstaat und Demokratie mit mehr Fantasie, mit intelligenteren Methoden zu verteidigen als einzig mit dem Traditionsargument, „wie wir's dann" – nach 1945 – „so herrlich weit gebracht". Das ist immerhin etwas. Noch einmal: 1968 hat nicht nur „die Achtundsechziger" geprägt, sondern auch ihre Gegner. Sie haben in diesem Jahr eine ganze Menge gelernt. Dass die Krise schließlich mit rechtsstaatlichen Mitteln überwunden wurde – auch durch Kräfte aus den Universitäten selbst – war ein Beweis für die innere Stärke, welche die nach dem Krieg in Westdeutschland etablierte Demokratie inzwischen gewonnen hatte. Die Mehrzahl der Bürger wollte keine Revolution, sie verweigerte sich absoluten und totalen Lösungen, um in Versuch und Irrtum offen zu bleiben für eine ständige Reform. Dabei ist es bis heute geblieben - und man kann nur hoffen, dass es sich auch in Zukunft nicht ändern wird.

Copyright Prof. Dr. Hans Maier, München